Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4328

Schriftlicher Bericht

des Verkehrsausschusses (20. Ausschuß)

über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Schmitt-Vockenhausen, Jacobi (Köln), Könen (Düsseldorf), Welslau und Genossen zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

— Umdruck 626, aus Drucksache V/2494, Drucksache V/3964 —

A. Bericht des Abgeordneten Matthes

Der Umdruck 626 wurde in der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 1969 an den Verkehrsausschuß überwiesen. Der Ausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung vom 3. Juni 1969 eingehend beraten.

Durch den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD auf Umdruck 619, der in der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 1969 angenommen wurde, sind bereits Maßnahmen angeregt worden, um die Wirksamkeit der Neuregelung des § 8 des Personenbeförderungsgesetzes im Hinblick auf die abgelehnte Gebietsgenehmigung zu prüfen. Deutsche Bundesbahn und Bundespost sind bereit, zusammenzuarbeiten. Eine Kooperation der Verkehrsträger wurde auf Grund einer Besprechung der Verbände des Personenverkehrsgewerbes am 29. Mai 1969 eingeleitet.

Der Ausschuß nahm die Bereitschaft des Bundesministeriums für Verkehr, diese Zusammenarbeit zu unterstützen, mit Befriedigung zur Kenntnis. Er war der Auffassung, daß hierdurch dem Anliegen der Antragsteller in der Sache bereits weitgehend entsprochen werde. Darüber hinaus böten die geforderten Musterfälle jedoch mit Sicherheit keine Ergebnisse für die Praxis und die Erwägung einer Gesetzesänderung mit dem Ziel der Einführung der Gebietsgenehmigung, da jeder Fall nach dem zugrunde liegenden Sachverhalt anders bewertet werden müsse. Für ein Gesamtkonzept lassen sich aus einzelnen Modellversuchen keine Schlüsse ziehen.

Bonn, den 9. Juni 1969

Matthes
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag — Umdruck 626 — abzulehnen.

Bonn, den 3. Juni 1969

Der Verkehrsausschuß

Meister	**Matthes**
Amtierender Vorsitzender	Berichterstatter